



An den Grossen Rat

19.5261.02

GD/P195261

Basel, 4. September 2019

Regierungsratsbeschluss vom 3. September 2019

Schriftliche Anfrage Sarah Wyss betreffend «kantonale Strategie Gesundheit und Migration»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Sarah Wyss dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

"Migrantinnen und Migranten sind oft Risiken ausgesetzt, die sich sequentiell und kumulativ negativ auf ihre Gesundheit auswirken: Ökonomische, administrative, sprachliche und kulturelle Barrieren können beispielsweise als Faktoren genannt werden, die den Zugang zum Gesundheitswesen oder zu gesundheitsfördernden Massnahmen für Menschen in einem Migrationskontext erschweren können. Dies ist auch im Rahmen von verschiedenen Studien und Statistiken belegt worden

(<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitszustand/migrationsbevoelkerung.html>).

<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/nationale-gesundheitsstrategien/gesundheitliche-chancengleichheit/programm-migration-und-gesundheit-2002-2017.html>). In dieser Hinsicht hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) das nationale Programm Migration und Gesundheit 2002-2017 lanciert mit dem Ziel, einen Beitrag zur Chancengleichheit und Integration der in der Schweiz lebenden Migrantinnen und Migranten zu fördern. Das Programm wurde Ende 2017 abgeschlossen.

Im Kanton Basel-Stadt, in welchem der Ausländeranteil über 35% der gesamten Wohnbevölkerung erreicht (ohne Eingebürgerte mit Migrationshintergrund), erweist sich das Thema "Gesundheit und Migration" wichtiger denn je. Angebote und Programme zur Gesundheitsförderung und -prävention für Menschen mit Migrationshintergrund sind eine unabdingbare Voraussetzung für die soziale Integration dieser Zielgruppe sowie zur Senkung der Gesundheitskosten. In den letzten Jahren wurden verschiedene Massnahmen und Angebote umgesetzt, die zur Gesundheitsförderung und -prävention für Menschen mit Migrationshintergrund beitragen. Nichtregierungsorganisationen aber auch öffentliche Stellen bieten eine breite Palette von Angeboten in diesem Bereich.

Die Antragstellerin bittet den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es kantonale Statistiken zur gesundheitlichen Situation von Migrantinnen und Migranten?
2. 2011 wurde eine Bedarfsanalyse zum Thema Migration und Gesundheit Basel-Stadt durchgeführt. Wurden in den letzten vier Jahren weitere Analysen mit diesem Schwerpunkt gemacht?
3. Durch welche konkreten Massnahmen wurde das nationale Programm Migration und Gesundheit 2002-2017 auf kantonaler Ebene umgesetzt? Im Gesundheitskostenbericht 2017 ist diese nationale Strategie nicht/kaum erwähnt
(<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/000000388712.pdf?t=155957365920190603165419>).
4. Welche Massnahmen wurden ab 2018 - das heisst nach Abschluss des nationalen Programms Migration und Gesundheit - zur Förderung der Gesundheitskompetenz und Gesund-

heitsinformationen für Migrantinnen und Migranten in unserem Kanton umgesetzt?

5. Wie wird die Kompetenz von Gesundheitsfachpersonen im Umgang mit Migrantinnen und Migranten sichergestellt?
6. Durch welche Massnahmen fördert der Kanton Basel-Stadt einen besseren Zugang zum Gesundheitssystem für sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen?
7. Gibt es eine kantonale Strategie zum Thema "Gesundheit und Migration"?
8. Falls nicht, aus welchem Grund und ist eine geplant?

Sarah Wyss"

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Allgemeines

Im Kanton Basel-Stadt leben gut 200'000 Menschen. Der Anteil der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner liegt bei 36,3% und damit deutlich über dem nationalen Durchschnitt (25%). Gemäss dem Gesundheitsmonitoring der schweizerischen Migrationsbevölkerung (Bundesamt für Gesundheit [BAG], 2004 und 2010) sind Migrantinnen und Migranten erhöhten gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Verglichen mit der Schweizer Bevölkerung ist ihr Gesundheitszustand deutlich schlechter, wobei Frauen stärker davon betroffen sind als Männer (BAG, Nationales Programm Migration und Gesundheit, 2013). Oft werden migrationsbedingte Risiken wie Aufenthaltsstatus und Sprachkompetenz durch eine sozial schwache Stellung in der Gesellschaft und eine geringere Ressourcenausstattung verstärkt.

Es besteht deshalb ein spezifischer Bedarf, die Gesundheit der Migrationsbevölkerung sowie einen chancengleichen Zugang zum Gesundheitssystem zu fördern. Diesem Umstand hat auch der kantonale Gesetzgeber Rechnung getragen und im Gesundheitsgesetz¹ festgehalten, dass der Kanton zum Abbau von gesundheitlichen Ungleichheiten beizutragen hat. Neben der Verringerung der Gesundheitsrisiken empfehlen Studien, das gesundheitsrelevante Verhalten der Migrationsbevölkerung zu unterstützen. Dies umfasst eine Verbesserung des Gesundheitsbewusstseins, des Wissens über die Gesundheit sowie die Erleichterung des Zugangs zu gesundheitsfördernden Angeboten.²

Das Gesundheitsdepartement entwickelte 2008 ein Konzept und ein kantonales Programm Migration und Gesundheit.³ Grundlage des Konzepts ist die Bundesstrategie Migration und Gesundheit 2008-2013. Basierend auf transkultureller Gesundheitsförderung und Prävention wurden seither verschiedene Präventionsprojekte und Massnahmen entwickelt und umgesetzt. Das kantonale Programm Migration und Gesundheit will Benachteiligungen von Menschen mit Migrationshintergrund im Kanton Basel-Stadt entgegenwirken und deren Voraussetzungen so verbessern, dass sie dieselbe Chance wie Einheimische haben, ihr Gesundheitspotential zu entfalten. Aufgrund der Heterogenität der Migrationsbevölkerung braucht es hier ein vielfältiges und zielgruppenspezifisches Angebot, damit auch unnötige Kostenfolgen einer nichtadäquaten Inanspruchnahme und Versorgung verhindert werden können.

¹ § 56 lit. d GesG (Gesundheitsgesetz, SG 300.100).

² Synthesebericht "Transkulturelle Prävention und Gesundheitsförderung", 9. April 2009 [www.public-health-services.ch]).

³ <https://www.gesundheit.bs.ch/ueber-uns/projekte/praeventionsprogramme/migration-gesundheit.html>.

2. Zu den einzelnen Fragen

2.1 Gibt es kantonale Statistiken zur gesundheitlichen Situation von Migrantinnen und Migranten?

Im Kanton Basel-Stadt gibt es Statistiken zu verschiedenen Teilespekten der Gesundheit, die nach Staatsangehörigkeit unterscheiden. So gibt es Erhebungen im Zusammenhang mit dem objektiven Gesundheitszustand oder subjektiven Gesundheitsempfinden (Bspw. Übergewicht bei Kindern, Säuglingssterblichkeit, Kantonale Bevölkerungsbefragung 2015, Kantonale Befragung 55+ 2015).

Statistische Aussagen über die Gesundheit von Schweizer und Nicht-Schweizer Befragten können auch der Schweizerischen Gesundheitsbefragung für Basel-Stadt (Gesundheitsreport 2014) entnommen werden. Weiter könnten auch über die Gesamtauswertung der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) Aussagen über die Gesundheit der Migrationsbevölkerung in der Schweiz nach Staatsangehörigkeit gemacht werden. Dabei wurden sechs Ländergruppen gebildet, aus denen sich allerdings keine Daten zu einzelnen Nationalitäten ableiten lassen. Es handelt sich dabei um Ergebnisse einer Stichprobe, welche in diesem Detaillierungsgrad nicht kantonsspezifisch ausgewertet wurde.

In Anlehnung an die SGB wurde schon 2010 das zweite Gesundheitsmonitoring der Schweiz (GMM II) durchgeführt. Hierfür wurden 3'000 Personen aus sechs Nationen befragt. Das GMM II ist keine repräsentative Umfrage, gibt aber durchaus Aufschluss über die Gesundheitssituation und das Gesundheitsverhalten der Migrationsbevölkerung sowie über ihre Inanspruchnahme des Gesundheitswesens. Es ist anzunehmen, dass die grundsätzlichen Rückschlüsse aus der Erhebung auch für Basel-Stadt Gültigkeit haben.

Ferner finden sich Querverweise auf das Thema Gesundheit und Migration in den „Facts&Figures“ der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern. Diesem ist z.B. zu entnehmen, dass zu den Gruppen mit spezifischen Bedürfnissen Frauen im Sexgewerbe gehören. Schätzungen gemäss sind rund 85% der Frauen im Schweizer Sexgewerbe Migrantinnen. Diese Gruppe ist besonderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt.

Im Hinblick auf migrationsspezifische Merkmale ist die Datenlage der schweizerischen Gesundheitsberichterstattung aber noch lückenhaft. Erstens erfassen die meisten gesundheitsspezifischen Datenerhebungen der Schweiz keine migrationsspezifischen Daten oder aber lediglich die Nationalität der befragten Personen. Das Merkmal „Nationalität“ ist aber nur bedingt geeignet den Migrationshintergrund zu bestimmen, weil dadurch eingebürgerte Personen und Personen der Zweitgeneration als solche nicht erfasst werden und so systematische Verzerrungen entstehen. Zweitens sind die einzelnen Gruppen von Migrantinnen und Migranten aufgrund der Stichprobengröße oftmals zu klein, um spezifische Aussagen machen zu können. Und Drittens können verschiedene Datenquellen nicht miteinander verglichen werden, da die Erfassung sehr uneinheitlich erfolgt. Die Aussagekraft der vorliegenden Gesundheitsinformationen ist deshalb hinsichtlich der Migrationsbevölkerung in der Schweiz beschränkt.⁴

Insgesamt kann festgehalten werden, dass bei den statistischen Erhebungen zukünftig noch stärker auf das Thema Migration und Gesundheit geachtet werden sollte. Auch sind Begleitfaktoren wie Alter, Geschlecht, Nationalität aber auch beispielsweise Ausbildung, sozialer Status, Herkunftskontext, Anwesenheitsdauer im Zielland und Aufenthaltsstatus wo möglich noch vermehrt einzubeziehen. Dies insbesondere bei nationalen Erhebungen, welche dann die Basis für kantonale Auswertungen bilden können. Hier besteht bei den nationalen Statistiken noch weiterer Entwicklungsbedarf damit differenzierte Auswertungen möglich werden.

⁴ BAG 2010, Schlüsselmerkmale zur Erfassung des Migrationshintergrundes in schweizerischen Gesundheitsdatenerhebungen.

2.2 2011 wurde eine Bedarfsanalyse zum Thema Migration und Gesundheit Basel-Stadt durchgeführt. Wurden in den letzten vier Jahren weitere Analysen mit diesem Schwerpunkt gemacht?

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat 2011 im Rahmen der „Migration und Gesundheit 2008 - 2013“ eine Bedarfsanalyse kantonaler Angebote im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention finanziert. Anhand dieser Bedarfsanalyse wurde einerseits die Wahrnehmung der Kampagne „Alles Gute“ zum Thema Depression unter dem Aspekt Chancengleichheit analysiert und andererseits eine Standortbestimmung des Programms Migration und Gesundheit vorgenommen. In den letzten vier Jahren wurden keine weiteren Analysen gemacht, die sich auf die Bedarfsanalyse 2011 beziehen. Die Erkenntnisse, welche aus der Bedarfsanalyse 2011 hervorgehen, haben zu einem grossen Teil heute noch Gültigkeit und werden bei der Planung und Steuerung des Programms „Migration und Gesundheit“ berücksichtigt.

In den letzten Jahren ging die Bedarfsanalyse stärker von interaktiven Prozessen aus. Aus dem Forum „Dialog Gesundheit“ im Kanton Basel-Stadt haben sich bspw. zwei Projekte entwickelt, die Informationen und Daten hinsichtlich eines integrationsspezifischen Bedarfs im Gesundheitsbereich erarbeiten. Das Ziel dieses Forums ist es, einen partnerschaftlichen und konstanten Dialog zwischen Gesundheitseinrichtungen im Kanton und der Basler Wohnbevölkerung zu etablieren, in der die Bedürfnisse durch die Zielgruppe selbst formuliert werden können. Gemeinsam können dort Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung lösungsorientiert angegangen werden.

Die beiden Pilotprojekte haben in ihrer Erhebung keinen Anspruch auf Repräsentativität. Sie werden vielmehr qualitative Daten und Informationen hervorbringen, die dem Kanton vertiefte Hinweise auf das Gesundheitsbedürfnis und -verhalten sowie die Gesundheitskompetenz der Migrationsbevölkerung geben. Diese Erkenntnisse dienen dem Kanton zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Migrationsbevölkerung im Kanton Basel-Stadt und der Identifizierung der vulnerablen Personen.

2.3 Durch welche konkreten Massnahmen wurde das nationale Programm Migration und Gesundheit 2002-2017 auf kantonaler Ebene umgesetzt? Im Gesundheitskostenbericht 2017 ist diese nationale Strategie nicht/kaum erwähnt (<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/00000388712.pdf?t=155957365920190603165419>).

Im Gesundheitskostenbericht 2017 wird Gesundheitsförderung und Prävention summarisch ausgewiesen. Einzelne Themen werden vor diesem Hintergrund nur beispielhaft aufgenommen.

Ein grosser Teil der Strategien des nationalen Programms Migration und Gesundheit richtet sich an den Bund. Das Nationale Programm dient als nationales Dach, auch für kantonale Massnahmen. Das Programm gibt Impulse für Aktivitäten, die bei der Erreichung der Bundesziele dienlich sind. In diesem Sinne können auf kantonaler Ebene folgende Massnahmen mit Bezug zum nationalen Programm hervorgehoben werden:

- **Kantonales Programm Migration und Gesundheit:** Das Gesundheitsdepartement hat 2008 ein kantonales Programm zur Förderung der Gesundheit von Migrantinnen und Migranten ins Leben gerufen. Das Programm soll, basierend auf der Bundesstrategie, die Sensibilisierung der Migrationsbevölkerung sowie der Institutionen und Dienste, welche in der Gesundheitsförderung tätig sind, verbessern. Es wurden Migrationsprojekte entwickelt, welche der Migrationsbevölkerung zu Gute kommen.
- **Vitalina:** Das Projekt „Vitalina“ informiert fremdsprachige Eltern durch interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler über Gesundheitsthemen und Beratungsangebote. Als Grundlage für die Vermittlung von Informationen dient die Broschüre „Gesunder Start ins Le-

ben“, welche in elf Sprachen vorliegt. Themenschwerpunkte sind Ernährung, Bewegung, Schutz vor Passivrauchen und Psychische Gesundheit.

- **Kurse für die Migrationsbevölkerung:** Im Auftrag des Kantons Basel-Stadt bietet der Verein Gsünder Basel Kurse an, die speziell auf die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung zugeschnitten sind. Sie sind für alle zugänglich und richten sich vor allem an Menschen, die noch wenig Erfahrung mit Bewegungs- und Entspannungsangeboten haben. Mit Schnupperkursen und Referaten sollen ausserdem Menschen erreicht werden, die noch keinen Kurs oder ein anderes gesundheitsförderndes Angebot besuchen.
- **Informationsveranstaltungen für Migrationsvereine:** Die GGG Migration betreut im Auftrag des Kantons den Katalog „Infomodule“ mit Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Alltagsbereichen. Im Rahmen dieser „Infomodule“ werden acht Themen im Bereich Gesundheit angeboten. Die „Infomodule“ richten sich an Migrationsvereine und religiöse Gemeinschaften. Diese erhalten mit diesem Format zielgruppenspezifisch aufbereitete Informationen zu wichtigen Alltagsbereichen.⁵
- **Fachtagung Migration und Gesundheit:** Im Dienste einer guten kantonalen Vernetzung im Bereich Migration und Gesundheit findet seit 2009 einmal jährlich die Fachtagung Migration und Gesundheit (ehemals Roundtable Migration und Gesundheit) statt. Sie richtet sich an sämtliche Fachpersonen, die in der Region Basel im Bereich Migration und Gesundheit tätig sind. Sie bietet Fachpersonen die Möglichkeit sich zu vernetzen, Synergien zu finden und in einem aktuellen Thema ihr Wissen zu vertiefen.
- **Psychische Gesundheit von Geflüchteten:** Im Jahr 2016 wurde im Rahmen der Projekttausschreibung „Migrationsgerechte Ausgestaltung der Gesundheitsförderung und Prävention in den Kantonen“ des BAG und der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF) eine Stakeholderbefragung durchgeführt. In dieser Befragung wurden 30 Schlüsselpersonen aus dem Flüchtlingsbereich zu bestehenden Angeboten sowie zu Lücken und Bedarf befragt. Daraus entstanden sind das Netzwerk „Flüchtlinge und Psychische Gesundheit“ sowie Workshops für Geflüchtete zum Umgang mit psychischen Belastungen:
 - **Netzwerk Flüchtlinge und Psychische Gesundheit:** Interdisziplinäres Netzwerk zum Austausch von Knowhow, zur Nutzung von Synergien und zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten.
 - **Workshops für Geflüchtete zum Umgang mit psychischen Belastungen:** „Mach dich stark“ sind Workshops für Geflüchtete zur emotionalen (Erst-) Stabilisierung und Stressreduktion. Ziel ist, Geflüchteten spezifische Hilfestellungen anzubieten. Im Vordergrund stehen der Umgang mit alltäglichen Belastungen, die Aktivierung der eigenen Ressourcen sowie der niederschwellige Zugang zu bestehenden Hilfsangeboten.
- **Fremdsprachige Publikationen:** https://www.gesundheit.bs.ch/ueber-uns/zahlenberichte/fremdsprachige_publikationen.html?mgnlFormToken=jPai1XgzyycAnYbLeeNPtzjwBQo3Lijz

⁵ https://www.ggg-migration.ch/files/GGG-MIGRATION/02_Information/pdf/Infomodul-Katalog%202019.pdf.

2.4 Welche Massnahmen wurden ab 2018 – das heisst nach Abschluss des nationalen Programms Migration und Gesundheit – zur Förderung der Gesundheitskompetenz und Gesundheitsinformationen für Migrantinnen und Migranten in unserem Kanton umgesetzt?

Die Massnahmen, welche unter Punkt 2.3 aufgeführt sind, werden fortgeführt.

Die Abteilung Prävention der Medizinischen Dienste des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt betreut sechs Präventionsprogramme: Gesundheit im Frühbereich, Ernährung und Bewegung, Alter und Gesundheit, Suchtprävention, Psychische Gesundheit sowie Migration und Gesundheit. Abgesehen vom Programm Migration und Gesundheit sind alle erwähnten Präventionsprogramme an nationale Fördergelder und eine nationale Strategie angebunden, bei der die Chancengleichheit und die Erreichung von vulnerablen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden muss. Das baselstädtische Programm Migration und Gesundheit versteht sich als ein Querschnittsprogramm, welches im Dienste der nationalen Programme eine migrationsgerechte Ausgestaltung laufend überprüft und wenn nötig und möglich anpasst.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist aktuell die Psychische Gesundheit von Asylsuchenden. Der Anteil der Asylsuchenden, die unter Traumafolgestörungen leiden, wird von Expertinnen und Experten und in der internationalen Literatur auf einen Anteil von 40-60% geschätzt. Das Risiko einer Chronifizierung ist hoch, weshalb es wichtig ist, so früh wie möglich Unterstützung anzubieten. Die Folgen dieser psychischen Störungen haben zudem grossen Einfluss auf die Fähigkeiten und Möglichkeiten der sozialen und beruflichen Integration der Betroffenen. Daher drängen sich niederschwellige Massnahmen auf, die helfen, solche psychischen Störungen früh zu erkennen, die Versorgung zu verbessern, Risikofaktoren zu reduzieren und die Belastbarkeit der Betroffenen zu erhöhen.⁶

Auch in den nächsten Jahren wird das Gesundheitsdepartement im Rahmen dieses Schwerpunkts bemüht sein über die bestehenden Massnahmen hinaus gemeinsam mit anderen Playern im Kanton zu einer Verbesserung der Situation beizutragen. Projekte wie Paxion⁷ werden zurzeit geprüft.

2.5 Wie wird die Kompetenz der Gesundheitsfachpersonen im Umgang mit Migrantinnen und Migranten sichergestellt?

Im Programm Migration und Gesundheit des Bundes (2014-17) gehörten die „Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsfachleute zum Umgang mit Diversität“ und „die Verständigung zwischen Gesundheitsfachleuten und fremdsprachigen Patientinnen und Patienten“ zu den Förderschwerpunkten. Der Kanton Basel-Stadt sieht in der Förderung dieser Bereiche einen wichtigen Baustein für die Herstellung des chancengleichen Zugangs der Migrationsbevölkerung zu den Gesundheitsinstitutionen und –angeboten.

Der Kanton Basel-Stadt hat daher folgende Angebote und Massnahmen erarbeitet, um die Kompetenz der Gesundheitsfachpersonen im Umgang mit Migrantinnen und Migranten zu fördern:

- **Fachtagung Migration und Gesundheit** (Details siehe 2.3): findet am 12. November 2019 statt zum Thema „Scham – vom Umgang mit einem Tabu“.
- **Forum Migrationsmedizin:** Das Forum Migrationsmedizin ist eine Kooperation der Medizinischen Dienste Basel-Stadt, der Medizinischen Dienste Baselland und des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts. Das Forum widmet sich der Fortbildung, Vernetzung und dem besseren Austausch im Bereich Asylwesen und Migration in der Region

⁶ Interface-Bericht zuhanden des BAG, „Psychische Gesundheit von traumatisierten Asylsuchenden: Situationsanalyse und Empfehlungen“, 2018.

⁷ Psychosozialer Support von Geflüchteten für Geflüchtete.

Basel. Adressiert sind Hausärzte sowie medizinisches und nicht medizinisches Fachpersonal unterschiedlicher Fachrichtungen.

- **Netzwerk Flüchtlinge und Psychische Gesundheit** (siehe 2.3)
- **Asylwebsite für Hausärzte:** Seit 2017 ist die Website www.gesundheit.bs.ch/asyl online und bündelt wichtige Informationen für die mit der Betreuung von Geflüchteten betraute Ärzteschaft.
- **Bedarfserhebung zum Umgang mit psychisch belasteten Geflüchteten:** Es scheint ein grosser Sensibilisierungsbedarf bei den Schlüsselpersonen im Umgang mit psychisch belasteten Flüchtlingen zu bestehen. Eine Onlinebefragung bei der Zielgruppe zur Ermittlung des konkreten Bedarfs ist geplant.
- **Anlauf- und Beratungsstellen weibliche Beschneidung:** Das bikantonale Pilotprojekt leistet einen Beitrag gegen weibliche Genitalbeschneidung. In Basel-Stadt ist die Anlaufstelle am Universitätsspital Basel angesiedelt. Neben der Sensibilisierung und Information von Betroffenen und Angehörigen werden auch Schulungen für Fachpersonen angeboten.⁸

2.6 Durch welche Massnahmen fördert der Kanton Basel-Stadt einen besseren Zugang zum Gesundheitssystem für sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen?

Der Kanton Basel-Stadt fördert einen besseren Zugang zum Gesundheitssystem für sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch folgende Massnahmen:

- Im Kanton Basel-Stadt werden alle Neuzugezogenen in eigens dafür konzipierten **Willkommenstreffen** begrüßt. In kurzen Fachreferaten und auf einem Infomarkt werden Informationen zu den wichtigsten Alltagsbereichen gegeben. Das Gesundheitsdepartement informiert Interessierte zu Gesundheitsthemen und zeigt ein breites Spektrum an Gesundheitsangeboten auf.
- Die **GGG Migration** bietet im Auftrag des Kantons Basel-Stadt Beratungen in 14 Sprachen in rechtlichen und sozialen Fragen an – so auch zum Thema Gesundheit. Die mündlichen Beratungen sind kostenlos.
- **Fremdsprachige Publikationen zu Gesundheitsthemen:**
<https://www.gesundheit.bs.ch/ueber-uns/zahlen-berichte/fremdsprachige-publikationen.html>
- **Promotion pädiatrischer Vorsorgeuntersuchungen:** Zur Förderung der Inanspruchnahme der empfohlenen kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen werden seit 2010 regelmässig alle im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Familien mit 2- und 4-jährige Kindern angeschrieben, um auf die Wichtigkeit der empfohlenen Jahreskontrollen beim Kinderarzt resp. bei der Kinderärztin hinzuweisen. Für das Wahrnehmen der Vorsorgeuntersuchung wird den Familien ein Anreiz in Form von zwei Eintritten in den Zoo oder ein Holzspielzeug offeriert.
- **Vitalina:** siehe 2.3
- **Mach dich stark:** siehe 2.3

⁸ <https://www.maedchenbeschneidung.ch/netzwerk/anlaufstellen/> <https://www.oeffentlichkeitsarbeit.bs.ch/integration/integrationsfoerderung/pilotprojekte.html>.

2.7 Gibt es eine kantonale Strategie zum Thema „Gesundheit und Migration“?

Im Kanton Basel-Stadt gibt es folgende Strategien im Bereich Migration und Gesundheit:

Die präventiven Bemühungen des Kantons Basel-Stadt, also auch die Aktivitäten im Migrationsbereich, orientieren sich strategisch eng an der **Nationalen Strategie der Nichtübertragbaren Krankheiten**, kurz NCD-Strategie. In Zusammenarbeit mit den verschiedenen nationalen Partnern werden kantonale Präventionsprogramme unterhalten und stetig weiterentwickelt. Neben Projekten und Angeboten wie Präventionsworkshops, Weiterbildungen, Beratungen und Kursen wird ein Schwerpunkt auf eine optimale kantonale und nationale Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit gelegt. Ziel ist ein praxisorientiertes, bedarfsgerechtes, innovatives und freiwilliges Gesundheitsförderungsangebot, welches regelmässig auf seine Qualität überprüft wird. Dabei werden die unterschiedlichsten Fachexperten und –expertinnen sowie die Zielgruppe selbst in die Arbeit miteinbezogen.

Das kantonale Programm Migration und Gesundheit ist, wie aufgezeigt, im Rahmen der Nationalen Strategie 2008-2013 entstanden. Dieses wurde im Rahmen der vom BAG finanzierten Bedarfsanalyse überprüft und dient als Grundlage für die präventive Arbeit im Bereich Migration und Gesundheit. Die Schwerpunkte und Ziele werden jährlich im Rahmen von Statusberichten überprüft und geplant. Im Gegensatz zu den anderen kantonalen Präventionsprogrammen gibt es für das Programm Migration und Gesundheit keine Fördergelder vom Bund und daher auch keine verbindliche und von nationaler Seite überprüfte Strategie. Auch versteht sich dieses kantonale Programm stärker als Querschnittsaktivität für die anderen fünf Präventionsprogramme bzw. die NCD-Strategie.

Das Thema Gesundheit findet sich auch in der kantonalen Integrationsstrategie wieder. Dort ist es – zusammen mit dem Thema Alter – als ein Handlungsfeld ausgewiesen. Die konkreten Ziele, die sich der Kanton in diesem Rahmen gesetzt hat, sind:

1. Die gesundheitsfördernden Massnahmen werden den spezifischen Bedürfnissen der Migrationsbevölkerung gerecht.
2. Die wohnortnahen Grundversorgungsstrukturen werden den spezifischen Bedürfnissen der Migrationsbevölkerung gerecht.

Die Bestandsaufnahme von Projekten und Massnahmen im Kanton zeigt, dass es bereits eine Vielzahl an Angeboten gibt, die auf die Migrationsbevölkerung abgestimmt sind. Allerdings richten sich diese Angebote hauptsächlich an gesunde Migrantinnen und Migranten. Oder es handelt sich um hochspezialisierte Angebote (wie beispielsweise die Transkulturelle Ambulanz der UPK), welche sich an schwer Kranke richten. Bei niederschwelligen psychosozialen Angeboten scheint noch ein zusätzlicher Bedarf vorhanden zu sein. Zur Identifizierung spezifischer Lücken im System – vor allem zur Erreichung von vulnerablen Personen, namentlich sozioökonomisch benachteiligten Gruppen – wäre eine optimierte Datenlage hilfreich.

2.8 Falls nicht, aus welchem Grund und ist eine geplant?

Wie aufgezeigt orientiert sich die Umsetzung einer kantonalen Strategie sinnvollerweise an den nationalen Strategieprogrammen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention. Entsprechend wird das Gewicht auf deren Umsetzungsplanung und nicht auf eine eigenständige kantonale Strategieplanung gelegt. Verstärkt werden sollte dennoch die projektunabhängige Koordination zwischen den verschiedenen Verwaltungsstellen und privaten Institutionen innerhalb des Kantons.

Das Gesundheitsdepartement plant hier die Synergien im Bereich Prävention zukünftig über ein interdepartementales Gremium – namentlich auch im Bereich Migration und Gesundheit – weiter zu verstärken, um so eine noch breiter abgestützte kantonale Vorgehensweise zu entwickeln.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

E. Ackermann

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

B. Schüpbach-Guggenbühl

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin